

Der Sprecher dementiert seinen Minister

Welche Folgen hatte der Luftangriff auf zwei Tanklaster in Afghanistan? / Jung räumt indirekt zivile Opfer ein, sein Sprecher sagt: Nein

Von Winfried Dolderer

BERLIN. Was für ein Tag für das deutsche Militär: Im Parlament wird Angela Merkel heute wohl eine Regierungserklärung zur Afghanistan-Mission der Bundeswehr abgeben, für den späten Nachmittag hat die Linkspartei zur Anti-Kriegs-Demo - „Schluss mit dem Bomben! Raus aus Afghanistan“ - ans Brandenburger Tor eingeladen, während zugleich das neue Berliner Ehrenmal für die im Auslandseinsatz Gefallenen eingeweiht wird.

nach wie vor die Frage. Am Morgen im ZDF hat Verteidigungsminister Franz Josef Jung erstmals, sei es indirekt, eingeräumt, es könnten bei der Bombardierung zweier gekappter Tanklastzüge in der Nacht zum vergangenen Freitag im Norden Afghanistans auch Zivilisten umgekommen sein: „Der überwiegende Anteil“ der Getöteten seien Taliban gewesen, so die vorsichtige Formulierung Jungs. Ein paar Stunden später vor der Bundespressekonferenz indes ist sich sein Sprecher wieder ganz sicher: Man habe



Verteidigungsminister Franz Josef Jung

Ein Festakt, den wiederum die Linkspartei geschmacklos findet: Salbungsvolle Reden in Berlin - „und die Wunden und Gräber ziviler Opfer eines durch deutschen Befehl ausgelösten Bombenangriffs in Afghanistan sind noch ganz frisch“. Ein pathetischer, ein zu Herzen gehender Satz, gewiss, nur: Stimmt er auch? Das war am gestrigen Montag

„keine Kenntnisse über zivile getötete Personen“, sagt Thomas Raabe, spricht von „konsolidierten“ Informationen und verweist jegliche Kritik von EU-Außenministern oder Nato-Generälen ins Reich der Spekulation oder bösen Unterstellung. Insbesondere ist ihm an der Entkräftung des Verdachts gelegen, der deutsche Kommandeur, der den Luftangriff anforderte, habe übereilt oder nur lückenhaft informiert gehandelt. So konnte man es dieser Tage in einer amerikanischen Zeitung lesen.

Nein, nein, sagt Jungs Sprecher, dieser Oberst Georg Klein habe sehr genau gewusst, wen er vor sich hatte. Raabes Chronologie zufolge ortete ein Nato-Flugzeug die Tanklastzüge am späten Donnerstagabend zwei Stunden

„Wichtig ist, dass uns unsere afghanischen Gastgeber als Verbündete brauchen.“

Jung-Sprecher Raabe

nach Bekanntwerden der Entführung in einer Furt des Kundus-Flusses. Dabei eine Gruppe Bewaffneter, deren Waffen präzise zu identifizieren gewesen seien. Dem deutschen Kommandeur hätten Luftaufnahmen vorgelegen, ein ebenfalls aus der Luft direkt überspieltes Video, zudem die Aussage eines „als sehr zuverlässig eingestuften“ afghanischen Gewährsmannes und Erkenntnisse aus einer weiteren, geheimen Quelle: Kein Zweifel, dass die Leuten bei den havarierten Tankwagen allesamt bewaffnete Rebellen gewesen seien.

Nach dem Angriff seien von einem Aufklärungsflugzeug aus am Boden 56 tote Taliban gezählt und weitere 14 auf der Flucht gesichtet worden. 12 männliche Verletzte, unter ihnen ein zehnjähriger Junge, fanden Aufnahme in einem



Isaf-Informationsdirektor Admiral Gregory Smith besucht ein Krankenhaus in Kundus. Er spricht mit einem Jungen, der bei dem Luftangriff auf zwei Tanklaster verletzt wurde. Mit öffentlichen Auftritten wie diesem versucht die Nato gerade, die Afghanen in ihrem Ärger über die Schutztruppe zu besänftigen. Foto: rtr

Krankenhaus. Dass es keine zivilen Todesopfer gab, hätten, so Raabe, auch die örtlichen Behörden, der Gouverneur und der Polizeichef der Provinz Kundus, der Provinzialrats-Vorsitzende und der zuständige Armeebefehlshaber, in einem gemeinsam unterzeichneten Brief an den afghanischen Präsidenten erklärt. „Nach Gesprächen mit Augenzeugen und Dorfbewohnern wird bestätigt, dass alle Getöteten zu den Taliban

und deren Unterstützern gehörten“, zitiert Raabe. Freilich hat auch der Gouverneur des Nachbardistrikts Char Darah ein Schreiben an den Präsidenten verfasst, in dem die Rede von 135 Toten ist, unter ihnen zahlreiche Kinder. Was also darf man glauben über diesen Luftschlag, den Jungs Sprecher nach wie vor lieber einen „robusten Stabilisierungseinsatz“ nennt? „Wichtig ist“, sagt Raabe, „dass uns unsere af-

ghanischen Gastgeber als Verbündete brauchen. Das lebt das deutsche Engagement tagtäglich vor mit dem vernetzten Ansatz, den wir lange vor anderen exemplarisch praktiziert haben.“ Gut möglich, dass es gerade diese gerne demonstrierte Haltung menschenfreundlicher deutscher Vorbildlichkeit ist, die jetzt von manchen Alliierten, zumal Amerikanern, mit etwas Häme quittiert wird.

Seeräuber stirbt bei Einsatz der Marine

Vor Somalia: Auf Warnschüsse nicht reagiert

BERLIN. (afp) Bei einem Einsatz der deutschen Fregatte „Brandenburg“ im Golf von Aden ist ein Pirat tödlich verletzt worden. Wie das Bundesverteidigungsministerium gestern mitteilte, reagierte ein verdächtiges Ruderboot mit fünf bewaffneten Insassen am Morgen nicht auf Warnschüsse der Fregatte. Der Kommandant der EU-Mission Atalanta habe daraufhin die Erlaubnis zum Schießen gegeben. Einer der Insassen des Ruderbootes sei dabei schwer verletzt worden und trotz sofortiger medizinischer Hilfe

gestorben. Die anderen Piraten hätten nach dem Beschuss die Waffen und eine Enterleiter über Bord geworfen. Die Fregatte „Brandenburg“ überprüfe derzeit die Verdächtigen und deren Boot. Deutschland ist vor der Küste Somalias mit rund 660 Bundeswehroldaten und drei Fregatten am Anti-Piraten-Einsatz der EU beteiligt. Neben der „Brandenburg“ sollen auch die „Karlsruhe“ und die „Bremen“ am Horn von Afrika Seeräuber abschrecken und Schiffe zum Schutz vor Angriffen begleiten.

Partei der Piraten kapert nicht nur das Internet

Doch ihre Überlebensdauer wird bezweifelt

Von Tobias Patzkowsky

HAGEN. Als Dirk Schatz bei der Europawahl Anfang Juni am unteren Ende des Wahltzettels die Piratenpartei entdeckt, glaubt er an einen Scherz: „Ich habe sie für eine Spaßpartei gehalten“, gesteht der Hagerer. Doch dass Schweden einen Piraten nach Brüssel schickt, lässt nicht nur Schatz an seiner Meinung zweifeln. Seitdem setzen sich die Piraten aus dem Sammelstadium von Tierschutz-, Rentner- oder Familienpartei ab. Quer durch die Republik formieren sich Piraten-Stammtische - auch in Soest, Warstein und durch Gründer Dirk Schatz seit Kurzem in Hagen. Auf den Stammtisch folgt die lokale Gruppe, die sogenannte „Crew“. Fünf Mitglieder sind nötig. Ab dem zehnten Mitglied entzweit sich die Crew. „In größeren Gruppen ist es oft müßig, einen Konsens zu finden“, erklärt Schatz. Binnen weniger Monate vervielfachte sich die Mitgliederzahl bundesweit auf 7000 - seit Mai von 5000. Wichtiger aber die Sympathisanten: In den Internetge-

meinschaften wie StudiVZ, Xing oder Facebook liegen die Piraten in der Anhängerschaft vor den etablierten Parteien. Einige Wahlprognosen weisen die Piraten bereits außerhalb der „Sonstigen“ aus. In Münster und Aachen zieht jeweils ein Pirat in den Rat ein. „Was die Piraten vertreten, ist einfach das, was auch ich vertreten will“, sagt Dirk Schatz, der im kommenden Mai bei der Landtagswahl kandidieren will. Früher war der 30-Jährige aktiv in der SPD. Doch Zensur, Kameras an öffentlichen Plätzen, Datenvorratsspeicherung - alles mit Unterstützung der Sozialdemokraten - hätten nicht mehr mit seinen Einstellungen übereingestimmt. Heute geht es für Dirk Schatz um die Liberalisierung des Patentrechts sowie des Verbots für nicht-kommerzielle Nutzer, Filme und Musik kostenlos zu kopieren. Negativ gesehen bedeute dies die Abschaffung der geistigen Eigentumsrechte. Hier wirkliche sich der bizarre Parteiname im Programm, sagen die Gegner der Piraten. Ansonsten geht es um



Die Piratenpartei wird immer beliebter. Doch ein Parteienforscher schätzt ihre Chancen als begrenzt ein. Foto: T. Patzkowsky



27.09.2009
Die Wahl

Transparenz: Offenlegungspflicht, ja Beschränkung von Nebentätigkeiten der Mandats- und Amtsträger. Vieles hat im Piratenprogramm mit Datenaustausch zu tun. „Datenschutz ist gerade heute eines der höchsten Güter“, sagt Schatz. Aber auch Bildung ist ein Thema. Darin sehen Kritiker das Problem für ihre Überlebensfähigkeit. „Die Piraten haben ein eindimensionales Pro-

Westerwelle macht Menschen neuen Mut

FDP-Chef zu Gast beim Politischen Forum

Von Jörg Fleischer

ESSEN. Guido Westerwelle ist wieder einmal auf dem Sprung zur Macht. Zur Bundestagswahl tritt er zum dritten Mal als Spitzenkandidat der FDP an. Er ist gefragt, auch vor dem Politischen Forum Ruhr. Dort war der Liberale gestern Abend in Essen zu Gast. Westerwelle wollte sich nicht so sehr in die Niederungen der Tagespolitik begeben, sondern in die Zukunft blicken. „Der Wettstreit der Ideen darf nicht nur bis zur nächsten Wahl dauern, sondern er muss über den Tag hinaus gehen“, rief der FDP-Chef den 1800 Gästen in der Essener Philharmonie zu. Westerwelle gab Impulse für liberales Denken im 21. Jahrhundert - für die freie und faire Gesellschaft - so das Thema seiner Rede. Es ging um Globalisierung, Steuer- und Leistungsgerechtigkeit - aber ganz besonders um Bildung. Westerwelle: „Wichtiger als der Wettbewerb der Steuersysteme ist in Wahrheit der Wettbewerb der Bildungssysteme.“ Eine Regierung, die Milliarden in die Abwrackprämie stopfe, solle nie wieder sagen, sie habe kein Geld für die Bildung. Mit dieser scharfen Kritik an der Großen Koalition unternahm der liberale Wahl-



Guido Westerwelle war zu Gast in Essen. Foto: ddp

kämpfer dann doch einen Ausflug in die Tagespolitik. „Die Abwrackprämie ist das beste Beispiel dafür, wie das Geld in die Vergangenheit gesteckt und nicht in die Zukunft investiert wird.“ Westerwelle ist nicht mehr der Spaßpolitiker vergangener Wahlkämpfe. Vielmehr präsentierte er sich auch bei diesem Auftritt so, wie das aktuelle FDP-Wahlplakat ihn zeigt. Als ein Politiker, der mit beiden Beinen auf der Erde steht, umringt von Menschen aus der Mitte dieser Gesellschaft. Westerwelle zeigte sich in Essen als Mutmacher in der Krise.

KOMPAKT

Kassen machen Plus von 1,2 Milliarden

BERLIN. (afp) Die gesetzlichen Krankenkassen haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen Überschuss von 1,2 Milliarden Euro erzielt. Einnahmen in Höhe von 85,0 Milliarden Euro standen Ausgaben in Höhe von 83,8 Milliarden Euro gegenüber, wie das Bundesgesundheitsministerium in Berlin mitteilte. Bei allen Kassenarten waren demnach in den Monaten Januar bis Juni die Einnahmen höher als die Ausgaben.

El Baradei weist Kritik zurück

WIEN. (afp) Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohamed El Baradei, hat die Kritik an seinem jüngsten Bericht zum Atomstreit mit dem Iran als politisch motiviert zurückgewiesen. Die Vorwürfe um angeblich zurückgehaltene Informationen entbehren jeglicher Grundlage, sagte er gestern in Wien. Der Iran pocht weiter auf sein Recht zur Nutzung der Atomenergie.

Neue Siedlungen im Westjordanland

JERUSALEM. (rtr) Israel will trotz internationaler Kritik die jüdischen Siedlungen im Westjordanland ausbauen. Die gestern von Verteidigungsminister Barak erteilten Genehmigungen für den Bau von 455 neuen Wohnungen sind die ersten seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Netanjahu im März.

Gysi droht mit Ende der Verhandlungen

HANNOVER/HALLE. (afp) Linksfraktionschef Gregor Gysi hat mit dem Abbruch der rot-roten Sondierungsgespräche in Thüringen gedroht. In Thüringen tendiere die SPD zur Union, nur wolle sie das nicht vor der Bundestagswahl sagen, um niemanden zu verschrecken, sagte Gysi der hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

„Rentengarantie nachbessern“

BERLIN. (rtr) Der Sozialverband Deutschland hat eine Nachbesserung der von der Bundesregierung beschlossenen Rentengarantie gefordert. Verbandspräsident Bauer begründete dies in der Neuen Osnabrücker Zeitung mit der Entwicklung der Bruttolöhne.

Kommunen fordern Bundeshilfen

BERLIN. (rtr) Angesichts eines drohenden Anstiegs der kommunalen Sozialausgaben in Milliardenhöhe fordert der Deutschen Städte- und Gemeindebund eine kräftige Aufstockung des Bundesanteils. Akuten Regelungsbedarf für die künftige Bundesregierung gebe es daher vor allem bei den Unterkunftskosten der Hartz-IV-Bezieher, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg.

SERVICE

So erreichen Sie die Politikredaktion:
Tel: 02331 / 9 17 42 01
Fax: 02331 / 9 17 42 06
E-Mail: politik@westfalenpost.de